

EU und der Öffentlich-rechtliche Rundfunk:

In diesem Beitrag berichte ich über meine Erfahrungen mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zum Themenbereich **„Europäische Union“** als Zuschauer sowie vor allem auch als jemand, der aktiv den Dialog mit jenen Sendern suchte und dass sogar im ersten Fall auf eine ausdrückliche Einladung dazu an uns Zuschauer. Leider erhielt ich auf all meiner gut begründeten Kritikpunkte zur derzeitigen Verfasstheit der EU noch auf mein konstruktives Dialogangebot irgendeine Rückmeldung seitens dieser Sender.

Zunächst berichte ich über zwei Versuche von mir zum Dialog einschließlich meiner vorgebrachten Sachargumente:

Erster Versuch: ARD-Sendung „hart aber fair“

Dieser Versuch steht beispielhaft für einige Dialogangebote zu verschiedenen Themen gegenüber den öffentlich-rechtlichen Sendern der letzten Jahre und wie man als engagierter Bürger mit sachlichen Argumenten dort oftmals kein Gehör findet, selbst wenn man zentrale Probleme anspricht, welche oftmals kaum oder gar nicht in diesen Sendern zur Sprache kommen.

Aber es hat auch positive Ausnahmen von dieser Regel gegeben, welche ich an dieser Stelle auch ganz ausdrücklich erwähnen will.

Meinem nachfolgend im Wortlaut wiedergegebenen Schreiben an Herrn Plasberg bzw. seine Redaktion war ein vierseitiger Anhang zur Erläuterung zentraler demokratischer Legitimationsdefizite auf EU-Ebene beigelegt, die inhaltlich im wesentlichen jene des obigen Anschreibens an Herrn Breyer vom ZDF beinhalten, welches ausführlich anschließend zu diesem Versuch hier weiter unten nachzulesen ist:

Betreff: EU: Mangelnde demokratische Legitimation

Gesendet von: Dr. Bottke [info@drbottke.de]

Gesendet: So 27.01.2019 10:07 Gesendet an: 'hart-aber-fair@wdr.de'

„Sehr geehrter Herr Plasberg, sehr geehrte Damen und Herren,

ich hatte Ihnen auf diesem Wege bereits gestern geschrieben und dabei auch auf einen am gleichen Tag von mir an Ihr Gästebuch abgeschickten Kommentar verwiesen. Leider konnte ich diesen bis jetzt nicht finden, obwohl das erfolgreiche Absenden jenes Eintrages für das Gästebuch bestätigt worden war. Es ging darin um das Problem der ungleichen Stimmgewichtung bei den Wahlen zum EU-Parlament, wodurch das demokratische Grundprinzip ‚Ein Mensch, eine Stimme‘ verletzt wird. Infolgedessen kann allein schon aus diesem Grund ein so gewähltes Parlament keine hinreichende demokratische Legitimität beanspruchen. Ich bedaure, dass dieser kurze und sehr sachliche Beitrag bis jetzt nicht in Ihrem Gästebuch aufzufinden ist.

Zudem hatte ich Ihnen im gestrigen Schreiben auf diesem Wege angeboten, Ihnen eine etwas ausführlichere Auseinandersetzung (4 Seiten) mit der mangelnden demokratischen Legitimation der EU einschließlich des Parlamentes bei Interesse Ihrerseits zuzusenden. Die dort aufgeführten Argumente habe ich mit vielen, ehrenamtlich von mir betreuten Schülern in den letzten Jahren oftmals diskutiert, wobei das Interesse sehr groß war.

Mein Angebot der Zusendung des vierseitigen Schreibens möchte ich hiermit nochmals bekräftigen, insbesondere weil ich aufgrund der sehr positiven Resonanz in den oben angesprochenen Diskussionen mit vor allem jungen Menschen davon ausgehe, dass die dort aufgeführten Argumente in aller Kürze vieles hinsichtlich der EU-Skepsis vieler Bürger meiner Meinung nach erklären können.

Ich würde mich über eine konstruktive Antwort sehr freuen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Dr. Hans-Dieter Bottke“

Auf eine Antwort warte ich bis heute, vergebens!

Zweiter Versuch: Mein Schreiben zu einem Bürgeraufruf von Herrn Breyer für eine ZDF-Sendung:

Nachfolgend zitiere ich das Schreiben, welches ich im Frühjahr 2019 an den ZDF-Journalisten Herrn Breyer geschickt habe: Er hat im Auftrag des ZDF die Bürger aufgerufen, sich mit Lob und Kritik zur

EU an ihn zu wenden. Die Rückmeldungen der Bürger sollten dann im Rahmen einer etwas später folgenden Sendung im ZDF zu diesem Thema mit einfließen.

„Sehr geehrter Herr Breyer,

ich begrüße die Aktion ‚Was bringt mir Europa‘ ganz ausdrücklich und hoffe, dass wir als Bürger mit Lob wie Kritik zur EU wirklich gehört und ernst genommen werden.

Ich habe zur letzten Europawahl im Jahre 2014 ehrenamtlich eine Frageaktion von Schülern begleitet, bei der es vor allem um Demokratiedefizite in der EU ging. Dabei haben fast alle angeschriebenen Spitzenkandidaten sowie der SWR geantwortet, was ich an dieser Stelle positiv hervorheben möchte.

Für diese wie für andere von mir ehrenamtlich betreute Schüler- bzw. Studentenprojekte gilt folgende Grundregel für alle Beteiligten:

Ich habe eine Meinung, begründe diese und stelle sie dann zur Diskussion.

Kein Mensch kann also für sich die absolute Wahrheit beanspruchen und muss grundsätzlich immer offen für sachlich begründete Kritik sein.

Nun zur EU:

Bevor ich auf wichtige Kritikpunkte eingehe möchte ich folgendes, aus meiner Sicht sehr Positives betonen:

Vieles von dem, das mit der sogenannten ‚Europäischen Idee‘ verbunden wird, unterstütze ich nachdrücklich! Es sind dies vor allem die im Zuge langer geschichtlicher Prozesse entwickelten Werte wie die jedem Menschen gleichermaßen zukommende Würde, die daraus abgeleiteten Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung sowie der seit dem Ende des furchtbaren Zweiten Weltkrieges etablierte Friedensgedanke: Ein sehr großer historischer Fortschritt besteht in der Schaffung einer stabilen Friedenszone in Europa von früher sich immer wieder bekriegenden Staaten, sodass sich in meiner Generation – ich bin 1966 geboren worden – wohl kaum jemand mehr ernsthaft vorstellen kann, gegeneinander Krieg zu führen. Ebenfalls empfindet eine große Mehrheit der Bevölkerung in allen Mitgliedstaaten die Freizügigkeit, welche sich nicht nur auf das Reisen beschränkt, mit ihren vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen als im wesentlichen sehr positiv. Neben dem

Binnenmarkt möchte ich hier vor allem auch die Möglichkeiten des **intensiven gegenseitigen Kennenlernens der jungen Menschen in Europa hervorheben**, so beispielsweise das ‚**Erasmus-Programm**‘, welches sich vornehmlich an Studenten richtet. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich dieses Programm noch viel stärker auch an **Auszubildende** zukünftig wendete. **Kein vernünftiger Mensch wird auf derartige Fortschritte verzichten wollen!**
Nun zu Kritikpunkten hinsichtlich einiger gravierende Demokratiedefizite:

1. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament wird ein elementares demokratisches Prinzip verletzt, nämlich die **gleiche Gewichtung der Stimmen** eines jeden Wahlbürgers: Die Stimmen eines deutschen oder französischen Wählers wiegen deutlich weniger als die eines Dänen oder gar Luxemburgers. Damit wird auf europäischer Ebene das Prinzip ‚Ein Mensch / Wähler, eine Stimme‘ verletzt. Dies wird damit begründet, dass bei einer Einhaltung dieses demokratischen Grundprinzips die kleinen Länder durch noch weniger Abgeordnete als zurzeit vertreten wären und bei sehr kleinen Ländern vielleicht gar kein Abgeordneter mehr ins Europäische Parlament entsandt werden könnte oder aber dass das Parlament noch viel mehr Abgeordnete haben müsste und dann kaum noch arbeitsfähig wäre. Obwohl ich diese Argumentation durchaus nachvollziehen kann, rechtfertigt sie meiner Meinung nach keinesfalls die Verletzung demokratischer Grundprinzipien.
2. Die oben aufgeführten Argumente **für** das derzeitige Wahlverfahren zum Europäischen Parlament weisen auf ein weiteres gravierendes Demokratiedefizit auf europäischer Ebene hin: Wenn man befürchtet, dass kleinere Länder bei einer Gleichgewichtung der Stimmen unterrepräsentiert wären, heißt dies nichts anderes, als dass es zurzeit **kein europäisches Staatsvolk** gibt, sondern vielmehr die Hauptidentifikationsquelle der meisten Menschen und Wähler in den Nationalstaaten zu finden ist: Die Menschen fühlen sich zunächst als Franzosen, Engländer, Italiener, Spanier, Griechen oder Deutsche und dann erst als Europäer. Denn beispielsweise käme in Deutschland bei der Wahl zum Bundestag ja auch niemand ernsthaft auf den Ge-

danken, dass die Stimme eines Bremers viel stärker im nationalen Parlament gewichtet werden müsste, als die eines Bayern, weil die Bremer im Bundestag ansonsten durch zu wenige Abgeordnete vertreten wären.

3. Daraus leitet sich zudem das ganz grundlegende demokratische Defizit einer fehlenden **europäischen politischen Öffentlichkeit** ab: Notwendige Diskussionsprozesse können schon allein wegen der **Sprachbarrieren** nicht gesamteuropäisch stattfinden. Trotz vielfältiger gemeinsamer kultureller Wurzeln gibt es dennoch **kein ‚europäisches Volk‘** und damit keinen legitimen Souverän, wobei die **verschiedenen Muttersprachen** nur ein, wenn auch sehr wichtiger Ausdruck der verschiedenen Nationalkulturen sind.
4. Ein weiteres Demokratiedefizit gepaart mit einer **Verletzung der Gewaltenteilung** stellen die Europäischen Räte der Regierungschefs bzw. die Ministerräte dar: Die verschiedenen Europäischen Räte, besetzt mit Vertretern der Exekutive sollten als Regierungsvertreter keine Gesetzgebungskompetenz besitzen, da dies die Gewaltenteilung aufhebt. In der politischen Praxis werden von diesen Räten sehr häufig weitreichende Entscheidungen getroffen, welche das Leben der Menschen in der Europäischen Union stark beeinflussen, ohne dass ein hinreichender öffentlicher Diskussionsprozess stattgefunden hat oder dass die eigentlich zur Gesetzgebung legitimierten Abgeordneten in den nationalen Parlamenten eine auch nur annähernd hinreichende Mitwirkung und Kontrolle dabei eingeräumt wird. Durch Beschlüsse, die von den genannten Räten auf europäischer Ebene ganz wesentlich mit entschieden werden, entsteht europäisches Recht, welches in den Staaten kaum oder gar nicht mehr von den nationalen Parlamenten mit ihren demokratisch gewählten Abgeordneten mitgestaltet oder gar abgelehnt, sondern nur noch abgenickt werden kann.

Nachfolgend möchte ich nochmals auf das Problem der unterschiedlichen Stimmgewichtung bei den Europawahlen eingehen und dabei auch Stellung beziehen zu Meinungen, welche eine solche Praxis für akzeptabel halten. Insbesondere im politischen Diskurs sind diese im Zuge der Europawahl aus vielen Parteien vorgebracht worden:

Es wird teilweise versucht, die undemokratische Ungleichbehandlung auf europäischer Ebene damit zu rechtfertigen, dass eine solche Ungleichbehandlung auch in Deutschland bei der Stimmengewichtung über den Bundesrat vorzufinden ist.

Zunächst soll diese tatsächlich vorhandene Ungleichbehandlung kurz erklärt werden: Im Bundesrat, welcher mit dem Bundestag bei der Gesetzgebung auf Bundesebene zusammenwirkt, sind die Länder durch ihre Landesregierungen vertreten, wobei größere Länder wie Bayern zwar mehr Stimmen haben als kleinere wie Bremen, aber die Gewichtung der Stimmen im Bundesrat nicht dem Bevölkerungsanteil entspricht. Infolgedessen sind kleinere Länder im Bundesrat stärker vertreten, als es ihrem Bevölkerungsanteil bezogen auf Gesamtdeutschland entspricht. Somit wiegen indirekt die Stimmen aus kleineren Ländern über die Vertretung der Länder im Bundesrat schwerer als diejenigen in größeren.

Nun möchte ich diese beiden Ungleichbehandlungen kurz bewerten: Zunächst handelt es sich in beiden Fällen – also bei Wahlen zum Europäischen Parlament wie bei der Stimmengewichtung im deutschen Bundesrat – tatsächlich um eine undemokratische Ungleichbehandlung der Wähler. Allerdings findet sie auf europäischer Ebene **direkt** statt, d.h. dass die Stimmen der Wähler je nach Land sehr unterschiedlich gewichtet werden, wohingegen beim deutschen Bundesrat dies **indirekt** über die Vertreter der Landesregierungen im Bundesrat geschieht. Bei Wahlen zum deutschen Bundestag wie bei den Wahlen zu den Landesparlamenten findet eine derartige Ungleichbehandlung selbstverständlich nicht statt. Dies sollte zunächst als Unterschied zwischen der europäischen und der deutschen Ebene deutlich gemacht werden.

Dennoch kritisiere ich auch die unterschiedliche indirekte Gewichtung der Stimmen im Bundesrat eindeutig als undemokratisch. Und dies tue ich, obwohl ich als ein Wähler aus Rheinland-Pfalz davon profitiere, weil meiner Stimme indirekt über den Bundesrat ein höheres Gewicht zukommt, als beispielsweise derjenigen eines Wählers aus Nordrhein-Westfalen. **Aber als überzeugter Demokrat will ich selber weder bevorzugt noch benachteiligt werden.**

Soweit meine Ausführungen zu aus meiner Sicht grundsätzlicher Fragen die Demokratie betreffend. Ich habe im Zuge der Frageaktion

immer wieder die beteiligten Schüler auch auf Meinungen und Argumente, welche den meinen, oben aufgeführten ganz oder in Teilen widersprechen, hingewiesen, unter anderem auch die der angeschriebenen Politiker. Die meisten Schüler – unabhängig von ihrer parteipolitischen Präferenz, insoweit sie überhaupt vorlag – stimmten auch nach den Antworten der Politiker viel eher den von mir aufgeführten Argumenten zu.

Falls Sie Interesse auf die konkreten Fragen der Schüler und einige Antworten zu dem oben dargelegten Themenkomplex im Rahmen der von mir betreuten Frageaktion haben sollten, schicke ich Ihnen diese gerne.

Gerne stehe ich Ihnen bei Interesse für Rückmeldungen / Gespräche / Diskussionen zur Verfügung. Sie erreichen mich am besten unter dieser Adresse (info@drbottke.de) oder telefonisch unter meiner Festnetznummer: 06707 / 91 47 67.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hans-Dieter Bottke“

Die Reaktion auf das Anschreiben und mein Kommentar dazu:

Auf dieses Anschreiben haben mir leider weder Herr Breyer noch irgendjemand aus der Redaktion vom ZDF geantwortet.

Vor allem beklage ich aber, dass auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wichtige, oben aufgeführte und gut begründete grundsätzliche Kritikpunkte an der EU kaum bis gar nicht zur Sprache kommen. Es hat sich in den letzten Jahren aufgrund zahlreicher Krisen immer wieder gezeigt, wie berechtigt gerade auch jene Kritikpunkte sind: Das belegen unter anderem die daraus resultierenden gravierenden Probleme, die im Kern bis heute weiter bestehen und ein hohes Gefahrenpotential in sich bergen bis hin zur Sprengung der EU: Das Votum der Briten für den Austritt aus der EU ist ein überdeutliches Warnsignal gewesen.

Daher will ich mich nachfolgend dem im obigen Schreiben bereits angesprochenen Problem der fehlenden demokratischen Legitimierung allein schon wegen eines zurzeit noch nicht vorhandenen europäischen Staatsvolkes zuwenden:

Trotz vielfältiger gemeinsamer kultureller Wurzeln gibt es dennoch kein ‚europäisches Volk‘ und damit keinen legitimen Souverän, wobei

die verschiedenen Muttersprachen nur ein, wenn auch sehr wichtiger Ausdruck der verschiedenen Nationalkulturen sind. Solange es aber ein die Demokratie legitimierendes Staatsvolk nicht gibt, weil die meisten Menschen in Europa dies zurzeit nicht wollen, existiert überhaupt keine Grundlage für demokratische Entscheidungen! Infolgedessen kann es vorerst keine ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ geben, sondern es müssen Regelungen gefunden werden, welche die bisherigen Nationalstaaten mit Kernkompetenzen weiterbestehen lassen, so dass man eher ein ‚Europa der Vaterländer‘ anstreben sollte. Viele Bürger, welche die Fortschritte Europas durchaus zu schätzen wissen, fühlen sich durch intransparente und undemokratische Entscheidungen entmündigt sowie ohnmächtig, sich durch Wahlen und Abstimmungen dagegen wehren zu können. Dies ist möglichst zügig grundlegend zu ändern und zwar sowohl aus prinzipiellen, die Menschenwürde betreffenden Gründen, als auch um der Erhaltung dieser Gemeinschaft selbst willen, da bei einer zu großen Frustration der Bürger unter Umständen viele positive Errungenschaften ebenfalls Schaden nähmen.

Die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden zur Verfassung der Europäischen Union im Jahr 2005 haben die eben aufgeführten Bedenken eindrucksvoll bestätigt: Der Verfassungsentwurf ist mehrheitlich in beiden Ländern abgelehnt worden, obwohl ihn die politische Klasse fast einhellig befürwortet und für dessen Zustimmung vehement geworben hatte. In vielen, wenn nicht gar in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union herrscht bei der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ein Bewusstsein vor, welches im Nationalstaat die entscheidende Institution der demokratischen Legitimation sieht und eben nicht in Europa als Ganzem. Es gibt kein europäisches Staatsvolk, solange die allermeisten Menschen dies nicht wollen, und sie wollen es zurzeit nicht! Sie verstehen sich zunächst einmal als Bürger eines bestimmten Landes und dann erst als Europäer. Infolgedessen müssen die wesentlichen Entscheidungen, die das Zusammenleben in einem Land regeln, dort durch demokratische Verfahren getroffen werden, um Legitimität beanspruchen zu können. Dem stehen selbstverständlich gesamteuropäische Abkommen nicht prinzipiell entgegen, wie beispielsweise ein gemeinsamer Markt verbunden mit Reise- und Niederlassungsfreiheit. Nur muss jedes Land eben für sich **demokratisch** entscheiden, wie weit die Integra-

tion für dasselbe gehen soll. **Ich wende mich hiermit also keineswegs grundsätzlich gegen verstärkte Integrationsschritte, sondern nur gegen von politischen Eliten ohne Zustimmung der davon Betroffenen verordnete!** Es ist daher prinzipiell möglich, wenn es dem Willen der Mehrheit der Menschen in einigen Ländern entspricht, verstärkt Kompetenzen an eine supranationale Institution abzugeben und diese dann natürlich einer gemeinsamen demokratischen Kontrolle unterliegt. Dabei kann es durchaus zu einem staatsähnlichen Gebilde kommen, wodurch wesentliche, ursprünglich nationale Kompetenzen auf die neue Ebene übertragen werden. Aber genau dies wollen die Menschen in Europa eben im Augenblick so nicht. Für sie stellt weiterhin der Nationalstaat die wesentliche Bezugsgröße und Identifikationsquelle dar. Und genau darin gründet im wesentlichen die Ablehnung in den beiden genannten Ländern. Obgleich in dem zur Abstimmung vorgelegten Verfassungsentwurf sogar Volksabstimmungen auf europäischer Ebene vorgesehen waren, ist dies unter den genannten Voraussetzungen insofern kein demokratischer Gewinn, als dass im Verständnis der Bevölkerungen der einzelnen Länder kein entsprechendes Zusammengehörigkeitsgefühl in einem Maße existiert, welches eine hinreichende Basis für die Legitimation einer derartigen Abstimmung abgibt, weil die Menschen sich nicht in erster Linie als Europäer verstehen wollen, sondern als Franzosen, Briten oder Deutsche.

Vor allem die Abstimmung der Briten für einen Austritt aus der EU stellt eine neue Eskalationsstufe hinsichtlich des Misstrauens weiter Bevölkerungskreise dar. Denn viele Briten betonten u.a. in Interviews, dass sie trotz möglicher eigener wirtschaftlicher Einbußen für einen Austritt ihres Landes aus der EU gestimmt haben, weil ihnen die demokratische Kontrolle und Mitwirkung eben wichtiger sei. Eine solche vermochten sie auf EU-Ebene in hinreichender Form überhaupt nicht zu erkennen. Zudem fühlten sie sich vornehmlich und in erster Linie als Briten und eben nicht als Europäer! Folgender Spruch fasst in aller Kürze zusammen, was viele Briten zum Votum für den Austritt aus der EU bewogen hat:

„Take back control.“ Die demokratische Zurückgewinnung der Kontrolle über den politischen Prozess war für viel Menschen in Großbritannien von so grundlegender Bedeutung, dass die Mehrheit trotz aller

Warnungen vor eintretenden Wohlstandsverlusten bei einem Austritt aus der EU letztlich dennoch für jenen gestimmt hat.

Wenn die politischen Akteure trotz alledem so weiter machen sollten wie bisher und dabei den Mehrheitswillen ignorieren, laufen sie Gefahr, viele positive sowie von den meisten Menschen bisher sehr geschätzten Errungenschaften der Europäischen Union zu gefährden, weil auch sie dann eine Ablehnung infolge einer verstärkt um sich greifenden Europaskepsis erfahren könnten. Meine Hoffnung besteht darin, dass zum einen immer mehr Politiker zu der Überzeugung gelangen, dass man ohne oder gegen das eigene Volk dauerhaft keine erfolgreiche und schon gar nicht legitime Politik betreiben kann bzw. darf und zum anderen, dass die Menschen immer stärker ihre demokratischen Rechte einfordern.

Ein Beispiel für unsachgemäße Berichterstattung: Die 19.00 Uhr ,heute'-Nachrichtensendung im ZDF vom 04. April 2019:

Wirklich schlechten Journalismus lieferte die ,heute-Sendung‘ um 19.00 Uhr am Samstag, dem 04. April 2019 im Vorfeld der EU-Parlamentswahlen ab: Es ging um die Anzahl der Abgeordneten im EU-Parlament, welche von jedem Nationalstaat dorthin entsandt werden: In dieser Sendung hieß es, dass sich jene Anzahl **ungefähr** nach der Bevölkerungsgröße der jeweiligen Länder richte. Dies zeigt, wie sehr man im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Wahrheit verdreht, denn von einer auch nur annähernd ***ungefähr*** der Landesbevölkerung entsprechenden Abgeordnetenzahl kann überhaupt gar keine Rede sein: Deutschland mit über 80 Millionen Einwohnern standen bei der letzten Wahl 96 Abgeordnete zu und Malta mit ca. einer halben Million 6. Ein offensichtlich krasses Missverhältnis! In diesem Beitrag habe ich mich bereits ausführlich mit dieser Problematik auseinandergesetzt und mein Schreiben dazu an Herrn Breyer im Wortlaut zitiert, welcher im Auftrag des ZDF einen Aufruf an die Menschen in diesem Lande gestartet hatte, sich zu beteiligen und ihm zu schreiben. Die Reaktion auf mein Anschreiben kennen wir bereits: Es gab keine seitens Herrn Breyers oder des ZDF!

Wenn man sich fragt, warum so viele Menschen das Vertrauen in die Medien verlieren, ist der oben geschilderten Beispiele gute Belge dafür: In den aufgeführten Fällen treten zwei zentrale Gründe geradezu beispielhaft hervor:

1. Eine die Wirklichkeit bis zur Unkenntlichkeit verzerrende Berichterstattung zu einem für die demokratische Legitimation entscheidenden Aspekt
2. Das Verweigern jeglichen Dialoges mit einem sachlich argumentierenden Bürger zu diesem Problem und zwar trotz vorheriger Einladung zu genau jenem Diskurs

Vielleicht liegt beides ja auch an **politisch-ideologischer Voreingenommenheit** der Verantwortlichen in den **öffentlich-rechtlichen Sendern**: Man will unter allen Umständen jegliche auch noch so berechtigte Kritik an grundsätzlichen Fehlkonstruktionen der EU nicht wahrhaben und tut alles, damit das nicht in den Sendern zur Sprache kommt. Man geht sogar soweit, dass selbst in Nachrichtensendungen die Wirklichkeit bis zur Unkenntlichkeit verdreht wird, um jene nachweislich auch demokratiethoretisch völlig berechtigte Kritik an den Wahlen zum EU-Parlament erst gar nicht zuzulassen. Mit seriösem Journalismus hat solches Verhalten, wie oben beispielhaft und nachweisbar anhand der ‚heute-Nachrichten‘ dokumentiert, nichts, aber auch gar nichts zu tun!